

Die New York Times kritisiert die hohen US-Militärausgaben und die Stationierung von US-Truppen in fast allen Staaten der Erde.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 183/17 – 17.11.17

Die endlosen Kriege der USA

Von der Redaktion der New York Times, 22.10.17

(<https://www.nytimes.com/2017/10/22/opinion/americas-forever-wars.html>)

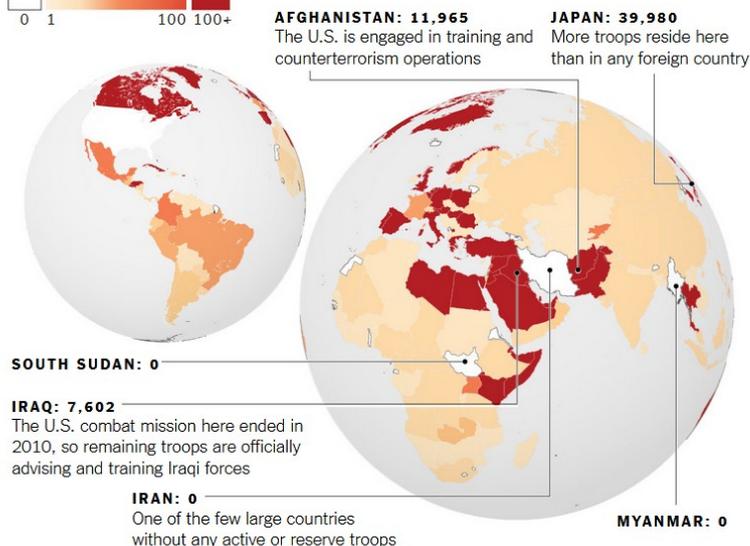
Die USA führen seit den 9/11-Anschlägen ständig Krieg und haben derzeit mehr als 240.000 aktive Soldaten und Reservisten in mindestens 172 Staaten und Territorien entsandt. In den letzten 60 Jahren ist die Anzahl der von den US-Streitkräften im Ausland eingesetzten Männer und Frauen zwar erheblich gesunken, die Anzahl der militärischen Einsatzgebiete aber nicht. US-Soldaten kämpfen nicht nur in den die Nachrichten beherrschenden Konflikten in Afghanistan, im Irak, in Syrien und im Jemen, sondern auch in Niger und in Somalia – wo es erst kürzlich tödliche Angriff gab – sowie in Jordanien, Thailand und anderswo.

Weitere 37.813 US-Soldaten nehmen an geheimen Einsätzen an "unbekannten Orten" teil, über die das Pentagon keine Auskunft gibt.

Traditionelle Stationierungsländer sind Japan mit 39.980 US-Soldaten und Südkorea mit 23.591 US-Soldaten, die Angriffe Nordkoreas und Chinas verhindern sollen; zur Verteidigung der NATO-Verbündeten sind 36.034 US-Soldaten in Deutschland, 8.286 US-Soldaten in Großbritannien und 1.364 US-Soldaten in der Türkei stationiert. Die 6.524 US-Soldaten in Bahrain und die 3.055 US-Soldaten in Katar sollen die dort eingerichteten US-Flottenstützpunkte schützen.

The U.S. Has Troops in Nearly Every Country

Active and reserve service members stationed overseas



Note: As of June 30, 2017. Source: Defense Manpower Data Center | By The New York Times

Die Anzahl der US-Militäroperationen in afrikanischen Konfliktzonen nimmt ständig zu: In Somalia bilden 400 Soldaten der U.S. Special Forces einheimische Truppen aus, die Shabaab-Milizen (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/Al-Shabaab_\(Miliz\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Al-Shabaab_(Miliz))) bekämpfen. Sie helfen den Somaliern auch mit geheimdienstlichen Erkenntnissen und unterstützen sie sogar manchmal im Kampf. Bei einem solchen Kampfeinsatz wurde im Mai ein Soldat der Navy SEALs (s. https://de.wikipedia.org/wiki/United_States_Navy_SEALs) getötet. Ein am 14. Oktober vermutlich von einer Shabaab-Miliz durchgeführter Angriff auf eine Straße in Mogadischu, bei dem mehr als 270 Menschen getötet wurden, ist ein Beweis für die gewachsene Stärke dieser Gruppierung. In Niger, wo 800 US-Soldaten operieren, wurden am 4. Oktober vier zu den Green Berets gehörende Soldaten getötet (s. auch [https://de.wikipedia.org/wiki/United_States_Army_Special_Forces_Command_\(Airborne\)](https://de.wikipedia.org/wiki/United_States_Army_Special_Forces_Command_(Airborne))).

Viele dieser US-Truppen sind zur Terrorbekämpfung eingesetzt – gegen die Taliban in Afghanistan, gegen den Islamischen Staat im Irak und in Syrien oder gegen einen Al-Qaida-Ableger im Jemen. Bis jetzt scheinen die US-Amerikaner zu akzeptieren, dass diese Einsätze endlos fortgesetzt und die erforderlichen Truppen dafür bereitgestellt werden. Es stellt sich jedoch die Frage, ob dieses Engagement, das schon Billionen Dollars und viele US-Soldaten das Leben gekostet hat und schon länger als 16 Jahre andauert, noch ausgedehnt werden soll, was Trump mit seinen wüsten Drohungen und fragwürdigen Entscheidungen gegen Nordkorea und den Iran anzustreben scheint.

Schon deshalb wird es Zeit, darüber nachzudenken, ob es wirklich notwendig ist, so viele US-Soldaten bis in die entlegensten Winkel der Erde zu entsenden, wie lange wir das noch tun wollen und ob es nicht eine Strategie gibt, die über das Töten von Terroristen hinausgeht. Das hat der Kongress bisher leider nicht getan. Die US-Bevölkerung nimmt das alles nur deshalb hin, weil nur relativ wenige Familien Soldaten beim Militär haben – im Gegensatz zum Vietnamkrieg, in dem (es noch die Wehrpflicht gab und) die riesigen US-Verluste öffentliche Proteste hervorriefen. Außerdem hat der Kongress sich noch nie die Zeit genommen, die benannten Probleme ausführlich zu diskutieren und darüber zu befinden, ob diese vielen Auslandseinsätze wirklich nötig sind.

Der Kongress hat bisher alle Versuche abgeblockt, die der demokratische Senator Tim Kaine aus Virginia (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Tim_Kaine) und andere unternommen haben, um den Krieg gegen den Islamischen Staat, der in der US-Bevölkerung breite Unterstützung findet, aber nie vom Kongress autorisiert wurde, auf eine gesetzliche Grundlage zu stellen. Präsident Trump besteht wie sein Vorgänger darauf, dass die bereits 2001 erteilte Genehmigung zur Bekämpfung der Al-Qaida dazu ausreicht. Das trifft aber nicht zu. Nach der Tragödie in Niger (s. S.1 unten) hat (der Republikaner) Bob Corker aus Tennessee, der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Senat, endlich zugestimmt, dass wenigstens eine Anhörung zu dem Genehmigungsproblem stattfindet. Sie ist für den 30. Oktober anberaumt.

Andrew Bacevich (s. https://en.wikipedia.org/wiki/Andrew_Bacevich), ein pensionierter Oberst der U.S. Army, der einen Sohn im Irakkrieg verloren hat und als Kritiker der US-Militäreinsätze bekannt ist, beklagt "das kollektive Desinteresse am Krieg", das gegenwärtig in den USA herrsche. Wenn der Krieg mit all seinen Schrecken die US-Bürger künftig völlig kalt lasse, könne die US-Regierung ungehindert gefährliche Entscheidungen mit weitreichenden Folgen treffen. Dieser Trend werde gerade durch viele Faktoren verstärkt.

Bevor die allgemeine Wehrpflicht in den USA nach dem Vietnamkrieg abgeschafft wurde (s. <http://www.tagesspiegel.de/politik/in-den-usa-wurde-1973-die-wehrpflicht-abgeschafft-ein-modell-fuer-deutschland-kommentar/139072.html>), mussten alle Familien damit rechnen, eingezogene Väter und Söhne zu verlieren. Im Zweiten Weltkrieg mussten noch 12 Prozent der US-Bevölkerung Kriegsdienst leisten; die Freiwilligen, aus denen die US-Streitkräfte heute bestehen, machen nur noch 1 Prozent der US-Bevölkerung aus. Deshalb haben auch nur noch relativ wenige Familien Schwerstverwundete oder Gefallene zu beklagen.

Die US-Verluste sind in den letzten Jahren sehr zurückgegangen, weil der Hauptteil der US-Truppen aus Afghanistan und dem Irak abgezogen wurde. Außerdem spielen in der heutigen Strategie der USA die Geheimdienste und die Air Force eine größere Rolle; am Boden werden US-Soldaten nur noch zur Ausbildung und Unterstützung einheimischer Truppen eingesetzt, die dann auch die meisten Verluste im Kampf erleiden. Im laufenden Jahr sind zum Beispiel in Afghanistan nur 11 US-Soldaten und im Irak nur 14 US-Soldaten umgekommen. Nach von afghanischen Behörden und US-Dienststellen stammenden An-

gaben sind im Jahr 2016 aber 6.785 und in den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres 2.531 Kämpfer der afghanischen Sicherheitsstreitkräfte zu Tode gekommen. Gleichzeitig haben auch Zehntausende von Zivilisten ihr Leben verloren, über die in den USA kaum geredet wird.

Seit den 9/11-Anschlägen führen US-Regierungen ununterbrochen Krieg gegen den Terrorismus, weil sie ihn als ständige Bedrohung ansehen. Präsident Obama hat zwar viele US-Truppen aus Afghanistan und aus dem Irak abgezogen, gegen den im Irak und in Syrien aufgestiegenen ISIS und die wieder erstarkten Taliban in Afghanistan wurden aber erneut kleinere US-Verbände in die Kampfgebiete entsandt. Terroranschläge in den USA und in Europa und Trumps Panikmache haben die Ängste in der US-Bevölkerung wieder aufleben lassen.

Die US-Streitkräfte werden für den Schutz der USA vor Angriffen von außen gebraucht, können unsere Sicherheit aber nicht allein garantieren. Die USA brauchen auch fähige Diplomaten und müssen ihren Verpflichtungen in internationalen Institutionen nachkommen. Wir haben schon wiederholt auf diesbezügliche Versäumnisse hingewiesen, die Trump zu verantworten hat. Das Pentagon muss sich hingegen nicht beklagen. Während der Finanzkrise musste es zwar den Gürtel etwas enger schnallen, jetzt trifft es im Kongress und im Weißen Haus aber auf weit offene Ohren, wenn es zur Erhöhung der Kampfbereitschaft und zur Modernisierung von Waffen mehr Geld fordert. Senatoren, die auf der Kürzung der Ausgaben für die Gesundheitsvorsorge und den diplomatischen Dienst des US-Außenministeriums bestanden haben, genehmigten für das Haushaltsjahr 2017/18 ein Verteidigungsbudget von 700 Milliarden Dollar – viel mehr, als die Trump-Regierung veranschlagt hatte.

Ob diese Freigiebigkeit andauern wird, ist ungewiss. Es stellt sich aber heute schon die große Frage, wie lange die US-Bevölkerung noch dazu bereit ist, immer neue Kriegsabenteuer hinzunehmen.

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in Klammern versehen. Für uns stellt sich die Frage, ob die New York Times mit diesem von ihrer gesamten Redaktion verantworteten Beitrag plötzlich einen neuen Anti-Kriegskurs einläuten will oder ganz andere Absichten damit verfolgt? Es könnte zum Beispiel sein, dass sie die anderen NATO-Mitglieder nur zur Erhöhung ihrer Militärausgaben und zur Verstärkung ihres Engagements im Ausland auffordern will. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)

The New York Times

America's Forever Wars

By THE EDITORIAL BOARD

OCT. 22, 2017

The United States has been at war continuously since the attacks of 9/11 and now has just over 240,000 active-duty and reserve troops in at least 172 countries and territories. While the number of men and women deployed overseas has shrunk considerably over the past 60 years, the military's reach has not. American forces are actively engaged not only in the conflicts in Afghanistan, Iraq, Syria and Yemen that have dominated the news, but also in Niger and Somalia, both recently the scene of deadly attacks, as well as Jordan, Thailand and elsewhere.

An additional 37,813 troops serve on presumably secret assignment in places listed simply as “unknown.” The Pentagon provided no further explanation.

There are traditional deployments in Japan (39,980 troops) and South Korea (23,591) to defend against North Korea and China, if needed, along with 36,034 troops in Germany, 8,286 in Britain and 1,364 in Turkey — all NATO allies. There are 6,524 troops in Bahrain and 3,055 in Qatar, where the United States has naval bases.

America’s operations in conflict zones like those in Africa are expanding: 400 American Special Forces personnel in Somalia train local troops fighting the Shabab Islamist group, providing intelligence and sometimes going into battle with them. One member of the Navy SEALs was killed there in a mission in May. On Oct. 14, a massive attack widely attributed to the Shabab on a Mogadishu street killed more than 270 people, which would show the group’s increased reach. About 800 troops are based in Niger, where four Green Berets died on Oct. 4.

Many of these forces are engaged in counterterrorism operations — against the Taliban in Afghanistan, for instance; against the Islamic State in Iraq and Syria; against an affiliate of Al Qaeda in Yemen. So far, Americans seem to accept that these missions and the deployments they require will continue indefinitely. Still, it’s a very real question whether, in addition to endorsing these commitments, which have cost trillions of dollars and many lives over 16 years, they will embrace new entanglements of the sort President Trump has seemed to portend with his rash threats and questionable decisions on North Korea and Iran.

For that reason alone, it’s time to take stock of how broadly American forces are already committed to far-flung regions and to begin thinking hard about how much of that investment is necessary, how long it should continue and whether there is a strategy beyond just killing terrorists. Which Congress, lamentably, has not done. If the public is quiet, that is partly because so few families bear so much of this military burden, and partly because America is not involved in anything comparable to the Vietnam War, when huge American casualties produced sustained public protest. It is also because Congress has spent little time considering such issues in a comprehensive way or debating why all these deployments are needed.

Congress has repeatedly ducked efforts by Senator Tim Kaine, Democrat of Virginia, and others to put the war against the Islamic State, which has broad popular support but no specific congressional authorization, on a firm legal footing. President Trump, like his predecessor, insists that legislation passed in 2001 to authorize the war against Al Qaeda is sufficient. It isn’t. After the Niger tragedy, the chairman of the Senate Foreign Relations Committee, Bob Corker of Tennessee, has agreed to at least hold a hearing on the authorization issue. It is scheduled for Oct. 30.

Andrew Bacevich, a retired Army colonel who lost a son in Iraq and is a critic of military operations, says that “a collective indifference to war has become an emblem of contemporary America.” The idea that Americans could be inured to war and all its horrors is chilling, and it’s a recipe for dangerous decisions with far-reaching ramifications. There are many factors contributing to this trend:

During earlier wars, including Vietnam, the draft put most families at risk of having a loved one go to war, but now America has all-volunteer armed forces. Less than 1 percent of the population now serves in the military, compared with more than 12 percent in World War II. Most people simply do not have a family member in harm’s way.

American casualty rates have been relatively low, especially in more recent years after the bulk of American troops were withdrawn from Afghanistan and Iraq. Also, the United States has shifted to a strategy in which Americans provide air power and intelligence, and train and assist local troops who then do most of the fighting and most of the dying. This year, for instance, 11 American service members died in Afghanistan and 14 in Iraq. By comparison, 6,785 Afghan security force members died in 2016 and 2,531 died in the first five months this year, according to the United States and Afghan governments. Tens of thousands of civilians also perished at the hands of various combatants, including in 2017, but the figures get little publicity. Most Americans tend not to think about them.

Since 9/11, American leaders have defined the fight against terrorism as a permanent struggle against a permanent threat. Mr. Obama withdrew significant forces from Afghanistan and Iraq. But the rise of ISIS in Iraq and Syria and a resurgent Taliban in Afghanistan led to renewed engagement, though at lower troop levels. Terror attacks here and in Europe, and Mr. Trump's scaremongering, have reinforced the public's sense of siege.

The military is essential to national security, but it is not the only thing keeping America safe. So do robust diplomacy and America's engagement in multilateral institutions, both of which we have faulted Mr. Trump for ignoring or undercutting. The Pentagon, by contrast, thrives. After some belt-tightening during the financial crisis, it has a receptive audience in Congress and the White House as it pushes for more money to improve readiness and modernize weapons. Senators who balk at paying for health care and the basic diplomatic missions of the State Department approved a \$700 billion defense budget for 2017-18, far more than Mr. Trump even requested.

Whether this largess will continue is unclear. But the larger question involves the American public and how many new military adventures, if any, it is prepared to tolerate.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern